

lichkeiten italienischer Banken und zum Umtausch von Lira-Banknoten auf Ersuchen des italienischen Wirtschafts- und Finanzministeriums (CON/2012/4) gebilligt.

Am 25. Januar 2012 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zu einem Vorschlag für eine Richtlinie über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zu einem Vorschlag für eine Verordnung über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen auf Ersuchen des Rates der Europäischen Union (CON/2012/5). Die Stellungnahme wird im Amtsblatt der EU und auf der Website der EZB veröffentlicht.

Corporate Governance: Am 12. Januar 2012 ernannte der EZB-Rat Benoît Coeuré, Mitglied des EZB-Direktoriums, mit unmittelbarer Wirkung zum Vorsitzenden des IT-Lenkungsausschusses des Eurosystems (EISC).

Monatsbericht: Themen im Januar 2012

Langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der Finanzierungsrechnung:

Das gesamte Finanzierungsvolumen von Unternehmen in Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten – nominal wie real – als Reflex des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zugenommen. Zugleich änderte sich in diesem Zeitraum jedoch die Finanzierungsstruktur: Während Innenfinanzierungsmittel grundsätzlich die wichtigste Quelle darstellten und tendenziell zugenommen haben, sieht die Notenbank die Außenfinanzierung von einer starken Zyklus geprägt, die in engem Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung stand.

Darüber hinaus waren strukturelle Verschiebungen innerhalb der Außenfinanzierung zu beobachten. Zwar spielte der Kredit bis auf wenige Ausnahmen durchgehend die wichtigste Rolle. Veränderungen registriert die Bundesbank jedoch bei den Kreditgebern: Während diese Funktion in der Vergangenheit vor allem Banken übernahmen, lässt sich im Betrachtungszeitraum ein Trend hin zu anderen Kreditgebern feststellen. So sind etwa große (in-

ternationale) Konzerne vermehrt dazu übergegangen, Finanzierungsmittel über spezielle Finanzierungsgesellschaften innerhalb des Konzerns zu verteilen.

Der Bankkredit, der an sich zwar noch immer die wichtigste Außenfinanzierungsquelle darstellt, hat der Bundesbank-Analyse nach hierdurch in den vergangenen 20 Jahren systematisch an Bedeutung verloren. Diese strukturellen Verschiebungen stehen in engem Zusammenhang mit einem sich ändernden makroökonomischen und institutionellen Umfeld. So dürften aus Sicht der Notenbank unter anderem die voranschreitende ökonomische Integration, die mit der Gründung der Währungsunion sowie der Osterweiterung vor allem innerhalb der Europäischen Union stark ausgeprägt war, zu diesen Entwicklungen beitragen haben. Einfluss auf die Finanzierung dürften darüber hinaus auch steigende regulatorische Anforderungen oder Änderungen in der Unternehmensbesteuerung gehabt haben.

Private Haushalte und ihre Finanzen – eine Erhebung zu Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland:

Die Bundesbank hat zwischen September 2010 und Juli 2011 erstmals stichprobenartig deutsche Haushalte über ihr Vermögen und ihre Finanzen befragt. Die Ergebnisse dieser freiwilligen Befragung werden in der Panelstudie „Private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) zusammengefasst. Die Daten sollen künftig ein umfassendes Bild der Vermögens- und Verschuldungssituation privater Haushalte und ihrer Bestimmungsründe liefern und so ein besseres Verständnis etwa des Spar- und Konsumverhaltens, der Vermögensverteilung oder der Insolvenzrisiken ermöglichen.

Das PHF ist Teil einer neuen, harmonisierten Befragung, die in allen Euro-Ländern durchgeführt wird. Daher sollen sich die deutschen Ergebnisse vergleichsweise leicht auch in einen europaweiten Kontext stellen lassen. Die Daten umfassen vor allem die Vermögensbilanzen der Haushalte, ihre Rentenansprüche, die Spartätigkeit, das Einkommen, Daten zur Arbeitstätigkeit, zum Konsum, zu Einstellungen und Erwartungen sowie viele demografische Charakteristika.

Im Rahmen der ersten Befragungswelle zwischen September 2010 und Juli 2011 haben 3 565 Haushalte Auskunft gegeben.

Beschlüsse EZB-Rat (ohne Zinsbeschlüsse)

Stellungnahme zu Rechtsvorschriften:

Am 4. Januar 2012 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zu den Gehältern der Beamten in Zypern auf Ersuchen des zyprischen Finanzministeriums (CON/2012/1). Am 24. Januar 2012 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zu deutschen Maßnahmen für die Stabilisierung des Finanzmarkts auf Ersuchen des Bundesministeriums der Finanzen (CON/2012/2). Am gleichen Tag wurde eine Stellungnahme der EZB zu dematerialisierten Wertpapieren in Luxemburg auf Ersuchen des luxemburgischen Finanzministeriums (CON/2012/3) und zu einem Garantierahmen für die Verbind-

Es handelt sich dabei um eine repräsentative Stichprobe. Wohlhabende Haushalte sind überproportional erfasst, um die Vermögenszusammensetzung und -verteilung besser analysieren zu können. Die nächste Befragung soll 2014 erfolgen. Dabei sollen möglichst viele Haushalte der ersten Welle wieder befragt werden. Noch sind nicht alle statistischen Aufbereitungsschritte abgeschlossen und die Zahlen daher vorläufig. Dennoch kann aus Sicht der Bundesbank bereits ein erster Eindruck zu ausgewählten Ergebnissen vermittelt werden, beispielsweise zur Verteilung von Immobilienvermögen und der damit einhergehenden Belastung durch Verschuldung.

Der europäische Binnenmarkt im Zahlungsverkehr vor der Vollendung: Seit rund zehn Jahren arbeiten die Europäische Union, das Eurosystem und die europäische Kreditwirtschaft daran, einen einheitlichen Markt im unbaren Euro-Zahlungsverkehr (Single Euro Payments Area – Sepa) in Europa zu schaffen. Inzwischen ist ein wesentlicher Meilenstein erreicht: Die Auslauftermine für die nationalen Verfahren für Überweisungen und Lastschriften stehen fest. Ab Februar 2014 werden sie durch die neuen Sepa-Zahlungsinstrumente ersetzt. So sieht es eine EU-Verordnung vor, die im zweiten Quartal 2012 in Kraft treten soll. Dem Verordnungsentwurf müssen das Europäische Parlament und der Europäische Rat noch formell zustimmen. Mit dieser Verordnung werden technische Anforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro festgelegt, die sich nicht nur auf den Interbankenbereich beziehen, sondern auch für die Bankkunden unmittelbar gelten.

Doch der unbare Zahlungsverkehr umfasst neben Überweisungen und Lastschriften auch Kartenzahlungen und neue innovative Verfahren für Zahlungen im Internet oder mit dem Mobiltelefon. Diese weisen aus Sicht der Notenbank ein erhebliches Marktpotenzial auf. Um auch hier die Synergieeffekte eines gemeinsamen Binnenmarkts zu heben, rücken diese Marktsegmente immer stärker in den Fokus der Politik. Mit der derzeit laufenden öffentlichen Konsultation eines sogenannten „Green Paper“ beginnt die EU-Kommission mit einer Analyse der Problemfelder. Der Monatsbericht Januar 2012 findet sich unter: http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/monatsberichte/2011/201112mb_bbk.pdf

Aktuelle Entwicklung im Kreditgeschäft

Die EZB hat Anfang Februar die aktuellen Ergebnisse ihrer turnusmäßigen Umfrage zum Kreditgeschäft beziehungsweise Kreditvergabeverhalten der Banken im Euro-Währungsgebiet veröffentlicht. Sie wurde vom 19. Dezember 2011 bis zum 9. Januar 2012 bei 124 Banken durchgeführt und verzeichnete eine Rücklaufquote von 100 Prozent. Der Bericht über Veränderungen im vierten Quartal 2011 und erwartete Veränderungen für das erste Vierteljahr 2012 ist auf der Website der EZB (www.ecb.europa.eu) in der Rubrik „Statistics“ unter „Monetary and financial statistics“/„Surveys“/„Bank lending survey“ abrufbar.

Die Kreditstandards in Deutschland sind gemäß der Auswertungen der Deutschen Bundesbank auch im vierten Quartal 2011 weitgehend unverändert geblieben. Lediglich für langfristige Ausleihungen im Unternehmensgeschäft wurden leichte Verschärfungen verzeichnet. Unterschiedliche Entwicklungen gab es bei den Kreditbedingungen. So wurden die Margen im Firmenkundengeschäft deutlich ausgeweitet. Dagegen verengten die befragten Institute die Kreditmargen im Bereich des privaten Wohnungsbaus, während sie bei den Margen für Konsumentenkredite keinen Anpassungsbedarf sahen. Gleichzeitig verzeichneten die Banken einen insgesamt spürbaren Anstieg der Mittelnachfrage, der vor allem für die private Baufinanzierung und bei langfristigen Krediten im Unternehmensgeschäft kräftig ausfiel. Für das erste Vierteljahr 2012 wird beabsichtigt, die Kreditrichtlinien weitgehend unverändert zu lassen, mit Ausnahme von abermals leichten Verschärfungen bei langfristigen Ausleihungen an Unternehmen.

Im Gegensatz zu Deutschland war die Entwicklung der Kreditangebotsbedingungen im Euro-Raum im vierten Quartal bei geringerer Heterogenität von einer deutlichen Verschärfung geprägt, die insbesondere im Unternehmenskreditgeschäft und im Bereich der privaten Baufinanzierung kräftig ausfiel. Des Weiteren nahm die Nachfrage seitens der privaten Haushalte stark ab. Die aggregierten Umfrageergebnisse für Deutschland finden sich unter: http://www.bundesbank.de/volkswirtschaft/vo_veroeffentlichungen.php